

Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Dr. Götz Frömming, Dr. Axel Gehrke, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Hess, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Enrico Komning, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Dr. Robby Schlund, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Corona digital bekämpfen – Senioren, Familien und Jugendlichen digitale Möglichkeiten zur Linderung der Corona-Krise aufzeigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland steht angesichts der SARS-CoV-2-Pandemie vor der größten Herausforderung seit der Flüchtlingskrise.

Am 22. März 2020 beschloss die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefs der Länder ein umfangreiches Kontaktverbot, „um einen unkontrollierten Anstieg der Fallzahlen zu verhindern“ (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/hinweis-einschraenkung-soziale-kontakte.pdf?__blob=publication-File&v=2).

Insbesondere den Angehörigen der Gesundheits- und Pflegeberufe, ebenso wie den Supermarktkassierern, den LKW-Fahrerinnen und den vielen anderen, die unser aller täglich Leben weiter aufrechterhalten, ist die Vermeidung solcher Kontakte berufsbedingt unmöglich. Sie sind die Helden unseres Alltags. Sie zu schützen und zu unterstützen muss gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein wesentliches Ziel staatlichen Handelns und gesellschaftlicher Solidarität sein.

Aber auch ältere Menschen, Familien und Jugendliche leiden unter den Auswirkungen der fortgesetzten Kontaktbeschränkungen. Auch stellen hochkontagiöse Viruserkrankungen der Atemwege, wie z. B. COVID-19, gerade für in der Pflege befindliche ältere Menschen eine besondere Gefahr dar (www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Altenpflegeheime.html).

Digitale Technologien können gerade diesen Risikogruppen helfen, in gewissem Umfang einen persönlichen Kontakt zu vermeiden oder zusätzliche spezifische Leistungen des Sozialstaates zu ermöglichen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,
1. darauf hinzuwirken, dass zeitnah auch in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Saarland Elterngeld digital beantragt werden kann,
 2. die Anwendung ElterngeldDigital unverzüglich zu erweitern, so dass sämtliche Antragsunterlagen inklusive Nachweisdokumente online eingereicht werden können,
 3. die Anwendung ElterngeldDigital unverzüglich zu erweitern, so dass bereits gestellte Anträge online und anwenderfreundlich in sämtliche Fachverfahren der Elterngeldstellen übertragen werden können,
 4. die Anwendung KinderzuschlagDigital unverzüglich zu erweitern, so dass sämtliche Antragsunterlagen inklusive Nachweisdokumente online eingereicht werden können,
 5. das seit Ende des Jahres 2018 vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) finanzierte Innovationsbüro „Digitales Leben“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen zur Unterstützung von Familien und Senioren zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen besser erreichbar zu machen,
 6. das seit Ende des Jahres 2015 vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) finanzierte Innovationsbüro „Gutes Aufwachsen mit Medien“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen besser erreichbar zu machen,
 7. die von der Bundesregierung eingerichtete Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen für ältere Neulinge im Internet zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen für Senioren besser erreichbar zu machen,
 8. die von der Bundesregierung eingerichtete Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ dazu zu bewegen, zeitnah neue digitale Lösungen im Rahmen des Leuchtturmprojektes „Bildung im und für das Alter“ zur Linderung der Auswirkungen der Corona-Krise zu entwickeln und umzusetzen sowie bestehende Lösungen für Senioren besser erreichbar zu machen,
 9. das von der Bundesregierung eingerichtete Infomobil „Digitaler Engel“ dazu zu bewegen, Menschen über 60 Jahren zu vermitteln, wie ihre täglichen Abläufe und Gewohnheiten während der Corona-Krise und der Kontaktbeschränkungen durch spezifische digitale Anwendungen erleichtert werden können,
 10. die Ratgeber und Multiplikatoren des Infomobils „Digitaler Engel“ mit ausreichender persönlicher Schutzausrüstung auszustatten, um gerade auch in ländlichen Räumen die genannten Angebote weiterhin vorstellen zu können,
 11. zusätzlich zum Infomobil „Digitaler Engel“ auch eine entsprechende Internetseite zu entwickeln, auf der die Beratungen des Infomobils im Nachgang zur eigenen Recherche zur Verfügung stehen,
 12. zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen älterer Menschen im Rahmen des Projektes „Digital-Kompass plus“ bestehende Standorte auszubauen und neue Standorte zu erschließen, insbesondere in räumlicher Nähe zu sogenannten „Corona-Hotspots“,

13. die ehrenamtlichen Akteure im Rahmen des Projektes „Digital-Kompass plus“ mit ausreichender persönlicher Schutzausrüstung auszustatten, um gerade auch in räumlicher Nähe zu sogenannten „Corona-Hotspots“ ihre Beratungsleistungen zur Nutzung digitaler Lösungen zur Linderung der Corona-Auswirkungen anbieten zu können,
14. darüber hinaus mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen die digitale Infrastruktur Deutschlands umgehend auf Weltmaßstab zu bringen und den eigenen Ansprüchen und Ankündigungen gerecht zu werden (www.wiwo.de/politik/deutschland/koalitionsvertrag-manche-ankuendigungen-klingen-verheissungsvoll/20936474-3.html),
15. darüber hinaus ein Digital-Ministerium einzurichten, um Digitalisierungsvorhaben in Zukunft effektiv umsetzen sowie künftige Großereignisse oder Schadenslagen digital koordinieren zu können.

Berlin, den 11. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

